



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/216 - 19.9.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 860

Der Westen und das Moskauer Ergebnis	S.1
Das Ende der Attlee-Ära	S.3
Tagung der CDU-Sozial-Ausschüsse	S.5
Luftschuttsorgen der Gemeinden	S.7

## Wiedervereinigung abgeschrieben?

sp- Unbehagen, Enttäuschung und Unsicherheit kennzeichnen die Reaktion des Westens auf das Ergebnis der Moskareise. Für die westlichen Hauptstädte kam das Zugeständnis Adenauers, diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Moskau aufzunehmen, überraschend, widersprach es doch den vorherigen Zusagen des Kanzlers. Die offiziellen Stellungnahmen üben äusserste Zurückhaltung in der Beurteilung, umso mehr spiegeln sich Jarahe und Besorgnis in den Kommentaren der führenden Zeitungen. Der Ruf des Bundeskanzlers als konsequenter und felsenfester Verteidiger der Interessen des Westens ist verschiedentlich stark angezweifelt; wenn auch nicht immer direkt angesprochen, taucht in den Betrachtungen das Gespenst von Rapallo auf. Übereinstimmung herrscht jedoch darüber, dass mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion ein politischer Klimawechsel eingetreten ist, der in noch unbekanntem Masse auch die bisherige Stellung Bonns zu den Westmächten berührt und neue Faktoren in das politische Kräfteverhältnis hineinwirft.

Das Spiel um Deutschland und seine Stellung in Europa erhält nicht nur neue Akzente, es wird auf eine völlig neue Ebene verlagert. Das Gewicht der Sowjetunion als der vierten Besatzungsmacht, die über die BRD ein Drittel deutschen Bodens unter ihrer Verfügungsgewalt hält, wird in den nächsten Monaten und Jahren stärker zur Geltung kommen - eine, und nicht nur für die Bonner Koalition, unerwartete Wirkung der Pariser Verträge. Die Vorstellung, die Wiedervereinigung Deutschlands unter ausschliesslich westlichem militärischem Vorzeichen von der Sowjetunion abzutrotzen, ist durch Verlauf und

Ergebnis der Moskauer Konferenz gründlich ad absurdum geführt worden. Auch für die Westmächte ergibt sich mit unausweichlicher Logik die Notwendigkeit, ihre bisherige Position in der Deutschlandfrage zu überprüfen und gemeinsam mit der Bundesrepublik nach neuen Möglichkeiten Ausschau zu halten, soll der Status quo mit all seinen Gefahren nicht für unüberschaubar lange Zeit als deutsches und europäisches Krebsgeschwür erhalten bleiben.

Die sowjetrussische Position in der Deutschlandfrage ist heute klarer als je. Es mag vielleicht in den vergangenen Jahren Strömungen in der sowjetrussischen Aussenpolitik gegeben haben, die Wiedervereinigung Deutschlands über die Köpfe Bonn und Pankows hinweg durch eine Verständigung der vier Besatzungsmächte über den internationalen Status Gesamtdeutschlands herbeizuführen. Die ersten sowjetischen Noten gingen von solchen Erwägungen aus. Das fortwährende Beharren Bonns und der Westmächte auf den militärischen Anschluss der Bundesrepublik an das westliche Verteidigungssystem, gekrönt durch die nun anlaufende Verwirklichung der Pariser Verträge, liessen den Kreml von solchen Erwägungen, falls sie bestanden, wieder abgehen. Nach einer Periode langer Schwankungen nahm und nimmt der Kreml, wie die Bonner Verhandlungsdelegation zu ihrer nicht geringen Überraschung erfuhr, die Existenz zweier deutscher Staaten zur Kenntnis, ja er nimmt sie als Ausgangspunkt für die Errichtung des ihm vorschwebenden Sicherheitssystems. Noch unsäuerlich sind hierbei die Berührungspunkte mit dem Abrüstungsplan des britischen Ministerpräsidenten Eden, der auch von der nun einmal vollzogenen Halbierung Deutschlands ausgeht und eine doppelte Überwachung der beiden Hälften vorsieht. Das wäre, sollte dieser Edenplan die Grundlage für die Genfer Konferenz der vier Aussenminister werden, die Sanktionierung des Status quo, würde sie doch die Existenz zweier Deutschland unberührt lassen.

Eben das gilt es zu vermeiden. Der Wille zur Entspannung, der an West und Ost besteht und von dessen Vorhandensein bei den führenden Staatsmännern der Sowjetunion sich sogar der Bundeskanzler überzeugen konnte, erfordert neue und konstruktive Lösungen als sie bisher erwogen wurden. Die Westmächte und die Bundesregierung haben sich selbst durch die Revisionsklausel der Pariser Verträge die Möglichkeit für neue Lösungen offengehalten; sie in Genuß durch die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems auszunutzen, das West und Ost die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland nimmt, ist eine deutsche und europäische Notwendigkeit. Diese Chance auszuschlagen, heisst, es bei den Hindernissen zu belassen, die sich als unübersteigbare Hürde auf dem Weg zur Einheit Deutschlands und damit zur wirklichen Entspannung erwiesen haben.

19.9.1955

Auf der Suche nach einer neuen Führung

E.A. London

In mehreren Interviews der vergangenen Tage hat Clement Attlee den Wunsch ausgedrückt, sich vom aktiven politischen Leben zurückziehen zu können. Die Spekulation um die Nachfolge war wieder einmal eines der beliebten Rätselspiele in der bürgerlichen britischen Presse. Man hatte den Rücktritt Attlee's von der Parteiführerschaft als Konsequenz der verlorenen Maiwahlen vorausgesagt. Die Labourabgeordneten machten damals einen Strich durch diese Spekulation. Der Führer der Partei wird nämlich von der Parlamentsfraktion gewählt, nicht vom Parteitag. Im Juni wählte die Parlamentsfraktion einstimmig Attlee für die nächste Unterhaussession, die 15 Monate dauern wird, zu ihrem Führer. Die Spekulation verstummte.

Nun hatte der zweiundsiebzigjährige Attlee vor einigen Wochen einen leichten Schlaganfall. Er erholte sich bald. Doch würde es seine Familie gern sehen, wenn er sich seiner Erholung widmen und seine politischen Ämter niederlegen würde. "Wenn es auf mich allein ankäme", so sagte Attlee zu einem Vertreter des "Daily Herald", "so würde ich sagen, je eher umso besser." "Aber," so fügte er hinzu, "die Entscheidung liegt in den Händen der Partei."

So wird sich die Labourparty in nächster Zeit darüber schlüssig werden müssen, wer sie zum Nachfolger des erfolgreichen und in allen Parteilagern angesehenen Nachkriegspremier der Arbeiterpartei wählen will. Attlee hat zwanzig Jahre lang an der Spitze der Labourfraktion im Unterhaus gestanden. Er war ein überaus geschickter Parteiführer, der die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenzuhalten und ihre Energien für eine zielbewusste Politik einzusetzen wusste. Er bezeichnete seine eigene Position in der Partei als "ein wenig links von der Mitte."

Von den als möglich in Betracht kommenden Männern nimmt Jim Griffiths noch am ehesten diese selbe Position ein. Er wäre wie Attlee auf dem rechten und dem linken Flügel angenehm. Gegen ihn aber spricht sein Alter. Mit 66 Jahren gehört er jener Generation an, die in Königin Victoria's Lebzeiten aufgewachsen ist. Er würde über siebzig alt sein, wenn Labour nach einem Siege bei den nächsten Parlamentswahlen wieder den

Premierminister stellen würde. Attlee hat es mehr als einmal erklärt, dass die Partei nach jüngeren Kräften ausschauen müsse, Leute, die in der Gegenwart aufgewachsen sind und in Gegenwartsbegriffen denken. Dieses Alterargument spricht auch gegen Herbert Morrison, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Im Jahre 1888 geboren, gehört er zu der verdienten Generation, aber doch wohl kaum zu den Führern in die Zukunft. Selbst Aneurin Bevan ist noch im viktorianischen Zeitalter geboren. (1897) Obwohl über seine Fähigkeiten kein Zweifel besteht, dürfte er wegen seiner vielen Zusammenstösse mit dem Gewerkschaftsflügel der Partei kaum der geeignete Mittelsmann sein, der ein Parteiführer nun einmal sein muss.

Attlee's Rat an die Partei, nach jungen Kräften Ausschau zu halten, wird von vielen dahin gedeutet werden, dass er den Parteiführer am liebsten aus dem Kreis jener hervorgehen sähe, als deren Vertreter Gaitskell, Robens und Harold Wilson gelten. Hugh Gaitskell ist fünfzig Jahre alt, war Schatzkanzler im Attleekabinett und verwaltet zur Zeit die Parteifinanzien. Er ist ein gewandter Parlamentsredner und ein scharfsinniger Wirtschaftsfachmann. Er genießt hohes Ansehen bei den Gewerkschaftsführern, wirkt aber auf den Kreis um Aneurin Bevan wie ein rotes Tuch auf den Stier. Allerdings sind die Konfliktstoffe innerhalb der Partei, seit sie sich in Opposition befindet, geringer geworden.

Der ehemalige Arbeitsminister der Attleeregierung, Alfred Robens, ist ein Mann der Mitte. Mit 46 Jahren ist er einer der bekanntesten Labourführer, dem grosses Verhandlungsgeschick nachgerühmt wird. Harold Wilson ist mit vierzig Jahren der jüngste der aussichtreichen Bewerber um die Parteiführung. Als Handelsminister stand er dem Kreis um Bevan nahe, er resignierte von seinem Ministerposten, als Bevan aus Protest gegen die hohen Rüstungslasten aus dem Kabinett ausschied. Harold Wilson hat aber in der Folgezeit sich vom Bevankreis unabhängig gemacht. Obwohl er zweifellos als "Linker" anzusprechen ist, wurde er von der Parteiführung nach der Wahlniederlage mit einer Überprüfung der Schwächen der Parteiorganisation betraut. Sein Bericht darüber dürfte einer der wichtigsten Punkte des bevorstehenden Labour-Kongresses werden.

### Die Rebellion von Herne

fag. Die von der 7. Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse in Herne gefassten Entschliessungen drücken eine mehr oder weniger versteckte Rebellion der christlichen Arbeitnehmerschaft gegen die offizielle Politik der CDU und insbesondere ihrer Bundestagsfraktion aus. Ein Vergleich der verabschiedeten Entschliessungen mit den der Tagung vorgelegten Diskussionsentwürfen und den Anträgen aus den Kreisausschüssen führt zu dem Schluss, dass auf lokaler Ebene die Unzufriedenheit über die offizielle Parteipolitik der CDU noch grösser ist. Die Vertreter der christlichen Arbeitnehmerschaft in der Bundestagsfraktion betätigten sich auf dieser Tagung kräftig als Bremsen. Bei der Diskussion um die Festlegung der Altersgrenze für die Bergarbeiteruntertage trat der Bundestagsabgeordnete Scheppmann anstelle der von Münch und Umm vorgeschlagenen 55-Jahresgrenze für die Rentierung auf 60 Jahre ein; und er setzte sich durch. Fast gerichtlichartig war aber die Luft geladen, als die Bundestagsabgeordneten Horn und Arnögen versuchten, die Forderung nach der Sicherung einer Altersrente in Höhe von 75 Prozent durch Streichung des Prozentsatzes abzuschwächen. Trotz eines fast fliehenden Appells Anton Sabels an die Delegierten mussten Vorstand und Bundestagsabgeordnete erleben, dass die Tagung die Streichungsanträge mit 77 zu 68 Stimmen niederstimmte. Die Delegierten sind anscheinend der verschwommenen und dehnbaren Vorschläge überdrüssig geworden. Im Gegensatz zu ihren Bundestagsabgeordneten haben sie selbst ein Beispiel klarer Vorstellungen gegeben.

Zu denen, die nur eine geteilte Freude über den Ablauf dieser Tagung verspüren, wird auch der Bundeswirtschaftsminister gehören. In der Debatte wahrte man den Anschein der Zustimmung zu seiner Politik. In den Entschliessungen drückt sich, nach einer Zusage der Unterstützung seines Preissenkungsappells, das gebieterische Verlangen einer alsbaldigen Verabschiedung eines Kartellverbotsgesetzes, die Forderung nach der Wiedereinführung des Preistreibeiparagraphen und nach Massnahmen gegen unberechtigte Handels- und Verdienstspannen aus. Hier äussern sich aber echte Zweifel an den Funktionen der Marktwirtschaft.

Der nachdrückliche Einsatz der CDU-Sozialausschüsse für das gewerkschaftliche Ziel einer 40-Stunden-Woche, der Appell an die Ar-

19.9.1955

Arbeitnehmerschaft: energisch gegen das Überstundenwesen vorzugehen, wird Herrn Erhard ebensowenig freuen wie das Bekenntnis zum Samstagnachmittag-Ladenschluss oder die Forderung nach einer Verwirklichung der Mitbestimmung in den Holdinggesellschaften der Montanindustrie, entsprechend den Normen des Mitbestimmungsgesetzes "Kohle und Stahl".

Diese Stellungnahmen, wie die Besinnung der CDU-Sozialausschüsse auf das Ahtener Programm, werden ohne Folgen auf die Politik der Regierung bleiben. Doch CDU und Bundeswirtschaftsminister werden sie als eine Warnung werten müssen. Selbst bis in die Reihen der CDU hinein breitet sich Unzufriedenheit und Unruhe wegen der neuerlichen grosswirtschaftlichen Machtzusammenballungen aus und erhebt sich Protest gegen die einseitige Bevorzugung der Kapitaleigner. Die alarmierenden Preistreibereien bei Bau- und Siedlungsgelände begründeten die Forderung nach einer Abschöpfung unverdienter Bodenwertsteigerungen. Das ist nichts anderes als die Feststellung, dass die Bundesregierung den sozialen Charakter des Wohnungsbaus nicht sichern konnte und somit an der Steigerung der Baukosten selbst auch von den CDU-Sozialausschüssen indirekt für schuldig erklärt wird.

Auch in der Gewerkschaftsfrage bahnt sich innerhalb der christlichen Arbeitnehmerschaft anscheinend eine Wandlung an. Das war aus Anträgen zu ersehen, die zur Mitarbeit in den Gewerkschaften mahnten und vor der Spaltung warnten. Teils warnend, teils beschwörend, wurde von der Gegenseite an das Solidaritätsgefühl der CDU-ler appelliert, die Lehr oder weniger offen gewerkschaftsspalterische Absichten hegen. Herr Winkelheide, als der Inspirator dieser Gruppe, beschränkte sich aber bei den Beratungen auf eine Beobachterrolle. Ob in Herne kein Boden für seine Pläne war und er sich eine offene Abfuhr nicht leisten konnte, mag dahingestellt bleiben. Sein Kneifen vor der offenen Diskussion war vielen Delegierten unverständlich. Jetzt dominiert die Furcht, durch Uneinigkeit der CDU-Arbeitnehmer den erwünschten Einfluss in den Gewerkschaften vollends abschreiben zu müssen, womit zugleich die Durchsetzung eigener Forderungen innerhalb der CDU in Frage gestellt wird.

Der Abgeordnete Sabel musste ja bereits zugaben, dass die Arbeitnehmerschaft innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schwach vertreten ist. Die Vorgänge um das Personalvertretungsgesetz zeigten, wie ureigenste Anliegen auch der christlichen Arbeitnehmerschaft von der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion brutal niedergestimmt werden. An manchen Äusserungen einzelner Delegierter konnte man erkennen, dass diese das gleiche Schicksal für die jüngsten Forderungen der Sozialausschüsse ahnen und die Auflehnung von Herne zugunsten der fortschreitenden Restauration eingedämmt werden. Die Betrogene ist dann erneut die Arbeitnehmerschaft - auch die der CDU.

Verteidigung ohne Luftschutz?

M.F. Eine Atombombe, die über einer Stadt mit 1,2 Millionen Menschen explodiert, tötet ohne Luftschutzbereitungen 430 000 Einwohner, bei Anwendung aller derzeitig möglichen Abwehrmassnahmen verringert sich die Zahl der Opfer auf "nur" 20 000 Menschen. Diese Vorstellungen des Bundesinnenministeriums würden bei allen Schrecken des Ernstfalles doch einige trostreiche Aspekte - nämlich die einer relativen Wirksamkeit des vorbereiteten Luftschutzes auch im Zeitalter des atomaren Krieges - enthalten, wenn, ja wenn man sich "höheren Ortes" in der wichtigen Frage der Zuständigkeit einigen könnte. Die Notwendigkeit, über den aus der Vergangenheit bekannten Umfang der Sicherheitsaufwendungen hinausgehen zu müssen, wird nirgends bezweifelt; hart umstritten aber ist die Höhe der für Luftschutzzwecke erforderlichen Ausgaben und vor allem die Entscheidung, zu wessen Lasten sie zu gehen haben.

Von der einstigen Einmütigkeit der Wiederbewaffnungszahänger ist in dieser für die gesamte westdeutsche Bevölkerung so überaus bedeutungsvollen Frage nichts mehr zu bemerken, und im allgemeinen beschränkt sich jede Aktivität auf nutzlose Debatten um technische Verfahrenswesen und haushaltsrechtliche Kompetenzen. Das Präsidium des Deutschen Gemeindetages stellte auf einer Sitzung in Berchtesgaden den Grundsatz auf, dass "Luftschutz ein Teil der Landesverteidigung, nicht davon zu trennen und also eine Angelegenheit des Bundes sei." Das bedeutet eine klare Zurückweisung der Gesetzesvorlage des Bundesinnenministers, die in der vorliegenden Fassung darauf abzielt, die Aufgaben und Kosten auf dem Luftschutzsektor auf Bund, Länder und Gemeinden zu verteilen. Davon wollen Länder und Gemeinden jedoch nichts wissen. Gleichzeitig griff der Vizepräsident des Gemeindetages, Franz Heiland, das Dreijahresprogramm der Bundesregierung auch von einer anderen Seite her an und bemängelte, dass die in Ansatz gebrachten Mittel für den zivilen Luftschutz in Höhe von 1,2 Milliarden DM völlig unzureichend seien. Man dürfe, so führte er in diesem Zusammenhang aus, in der Bevölkerung kein falsches Sicherheitsgefühl entwickeln.

Diesem Gedanken muss voll beigepflichtet werden. Es ist notwendig, dass die westdeutsche Bevölkerung illusionslose Vorstellungen

19.9.1955

von den entscheidenden Veränderungen in der modernen Luftkriegsführung erhält. Das Luftrüstungsprogramm der westlichen Länder weist keine Entwicklungstendenz auf, die auf einen wirkungsvollen Schutz grenznaher Zonen abgestellt ist. Sie liegen hinter einem weit vorgeschobenen Radar-Warngürtel, der eine wirksame Organisation der Luftabwehr innerhalb einer relativ langen Reaktionszeit erlaubt. Sie haben wenig Veranlassung, das zu ihrer Verteidigung ausreichende Flugmaterial auf die Schutzbedürfnisse des westdeutschen Grenzgebietes umzustellen.

Wissen die verantwortlichen Regierungstellen nichts von den Ergebnissen der Charte-Blanc-Manöver? Sie müssen wissen, dass die Bundesrepublik, soll sie dem westlichen Wehrsystem eingegliedert werden, auf alle hieraus sich ergebenden Folgen achten muss. Dabei ist es unrichtig anzunehmen, die Sicherheit aller NATO-Staaten entspreche dem Verhältnis ihrer Truppenstärke zur Einwohnerzahl. Die Bundesrepublik muss - durch ihre Grenzlage bedingt - einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor übernehmen, der sie ausserhalb eines Vergleiches mit anderen Pakt-Mächten stellt. Bei einem ernsthaften Willen der Bundesregierung, der über das Begehren nach nominell "repräsentativer" Truppenstärke hinausgeht, müsste es möglich sein, die übrigen NATO-Mitglieder von der Wichtigkeit vordringlicher Luftschutzaufwendungen zu überzeugen und sie in voller Höhe oder wenigstens zu Teilen von den auferlegten Verteidigungskosten in Abzug zu bringen. Wenn das den Westen verbindende Wort "Verteidigung" nichts von seinen Inhalten verlieren soll, dann muss darunter zu verstehen sein, dass auch der Schutz der Zivilbevölkerung eine Aufgabe der Verteidigung darstellt. Der Einwand, man wisse nicht, wie man die Kosten hierfür aufbringen könne, erscheint jedenfalls wenig sinnvoll.

+ + +

---

Verantwortlich: i. V. Albert Exler